

II- 3950 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit  
und öffentlicher Dienst  
DR. FRANZ LÖSCHNAK

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1  
Tel. (0222) 66 15/0  
DVR: 0000019

26. April 1988

Z1. 353.260/60-I/6/88

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Leopold GRATZ

Parlament  
1017 W i e n

1718 IAB  
1988 -04- 26  
zu 1773 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Blau-Meissner und Freunde haben am 7. März 1988 unter der Nr. 1773/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Problematik des radioaktiven Abfalls in Österreich und der Errichtung eines Endlagers gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wieviel radioaktiver Abfall lagert derzeit in Österreich (Angaben nach Volumen, Masse und Aktivität, getrennt nach Radiotoxizitätsklassen oder Nukliden)?
2. Wieviel kommt jährlich zu dieser Menge dazu (Aufschlüsselung wie oben)? Wieviel kommt davon jeweils aus den Bereichen Medizin, Technik und Forschung?
3. Wieviel radioaktive Abfälle werden jährlich nach Österreich ein- und aus Österreich ausgeführt (Aufschlüsselung wie oben)?
4. Gibt es Prognosen für die zukünftige Entwicklung des Abfallaufkommens? Zu welchem Ergebnis kommen diese bei welchen Grundannahmen?
5. In welchem Stadium befinden sich die Planungen für ein Endlager? Sind schon Standorte ausgewählt? Welche Schritte sind diesbezüglich als nächstes vorgesehen, und wann werden sie erfolgen?
6. Welche Formen der Bürgerbeteiligung werden Sie dabei anbieten, und wann werden diese einsetzen?"

- 2 -

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Über Unterlagen zur Beantwortung dieser Fragen verfügt das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf, das auf Grund eines privatrechtlichen Vertrages mit der Übernahme und Konditionierung der im Bundesgebiet anfallenden radioaktiven Abfälle beauftragt ist. Laut Unterlage der Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf Gesellschaft mb.H. wurden bis Ende 1987 70.000 Fässer Abfälle (inklusive Filter aus heimischen Klimaanlage nach der Tschernobyl-Katastrophe) aus Österreich angeliefert; von diesen wurden 50.000 Fässer verarbeitet, sodaß 4500 endlagerfähige Fässer vorliegen. Das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf ist gerne bereit, interessierten Abgeordneten auf Anfrage nähere Auskünfte zu erteilen.

Zu Frage 3:

Bei dem eingeführten und derzeit in Seibersdorf lagernden Material handelt es sich nicht um "radioaktiven Abfall" im technischen Sinn, sondern um Materialien, die laut Angabe der Geschäftsführung im Rahmen des vor ca. 5 Jahren begonnenen Forschungs- und Entwicklungsprogrammes des Österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf konditioniert werden. Erst nach Durchführung der vorgesehenen Versuchsprogramme können die konditionierten Reststoffe als "Abfall" bezeichnet werden. Dieser wird reexportiert.

Nach Aussage der Geschäftsführung des Österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf werden seit Feber 1988 keine derartigen Materialien mehr eingeführt.

Die Materialien des oben erwähnten Forschungs- und Entwicklungsprogrammes des Österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf umfaßen:

Bundesrepublik Deutschland: angeliefert 800 Fässer ( 200 l), verarbeitet 800 Fässer zu 173 endlagerfähigen Fässern; diese 173 Fässer samt Leergebinden wurden zurückgesendet. 20 Rücktransporte wurden zwischen dem 23. Juni 1981 und dem 24. Feber 1984 durchgeführt.

Italien: angeliefert 6850 Fässer, davon verarbeitet 140 Fässer (es werden insgesamt 250 endlagerfähige Fässer entstehen; diese werden nach Qualitätsfestlegung zurückgesendet).

- 3 -

Zu den Fragen 4 und 5:

Aus der seinerzeitigen vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Auftrag gegebenen Studie zum Thema "Endlagerung niedrig- und mittelaktiver Abfälle aus Krankenhäusern, Universitätsinstituten und der Industrie in Österreich" läßt sich ableiten, daß Aussagen zu Entwicklungstendenzen auf dem Gebiet der zukünftigen Entwicklung des Abfallaufkommens mit einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren behaftet sind. Es ist jedoch anzunehmen, daß in Österreich in Zukunft nur geringfügig höhere Mengen an radioaktiven Abfällen anfallen werden als bisher. Zu erwarten sind ca. 70 bis 100 m<sup>3</sup> feste, nicht brennbare, ca. 50 bis 70 Tonnen feste, brennbare und ca. 20 m<sup>3</sup> flüssige Abfälle. Es ist seit jeher ein Grundprinzip des Strahlenschutzes, radiologische Belastungen und damit auch radioaktive Abfälle auf ein mögliches Minimum zu beschränken.

Die oben erwähnte Planungstudie wurde mit dem Ziel in Auftrag gegeben, alle Fragen, die im Zuge der Endlagerung schwach- und mittelaktiver Substanzen auftreten können, nach dem Stand des heute vorhandenen Wissens aufzuzeigen und zu behandeln. Weitere noch zu setzende Schritte zur Konkretisierung auf diesem Gebiet werden im breitestmöglichen Konsens durchzuführen sein, wobei als Voraussetzung zur Lösung der Fragen eine umfassende und objektive Information zu den Problemen und deren Lösungsansätzen nötig ist.

Zu Frage 6:

Sobald eine nähere Auswahl der in der Studie des Österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf genannten Standorte getroffen ist, werden mit den zuständigen Organen des (der) in Betracht kommenden Landes (Länder) und der Gemeinden Beratungen aufgenommen werden.

Jedenfalls bedarf ein derartiges Projekt einer strahlenschutzrechtlichen Bewilligung. Darüber hinaus sind eine Reihe von Verfahren zur Bewilligung nach anderen Bundes- oder Landesgesetzen (wie z.B. Wasserrecht, Baurecht, eventuell Forstrecht) erforderlich, in deren Rahmen Anrainer ihre Rechte geltend machen können.

Frauz Ja